Bezugspreise: für Halle monatl. bei zweimal. Zustellung 7.— Mk., vierteljährl. 21.— Mk. u. Zustellungsgebühr, i. d. Ausgabestellen abgeholt Mk. 7.— monatl., durch uns. auswärt. Zweigstellen bei tägl. einmal. Zustellg. 6.— Mk. u. Bestellgeld, durch die Post monatl. 9.25 Mk., vierteljährl. 27.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellung nehmen alle Postanstalten an. Amtl. Zeitungsverzeichnis: Saale-Zeitung. Für unverlangt eingegang. Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur m. Quellenang. „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 70 Pf., Familien- u. kleine Anzeigen (private Gelegenheitsankündigungen) 40 Pf. Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 3.— Mark. Bei Wiederholung Ermäßigung lt. bes. Anzeigenbedingungen. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 15, Fr. Drauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22315.

Nr. 477. **Halle, Mittwoch, den 12. Oktober 1921.** **Einzelpreis 30 Pfg.**

Französische Politik.

Die französische Politik bringt eine neue Taktik zur Anwendung. Die Diplomaten vom Quai d'Orsay haben anscheinend gemerkt, daß die grobschlächtige Art, mit der sie eine Zeitlang ihre vermeintlichen Interessen und die Niederhaltung Deutschlands verfolgten, sowohl bei ihren Verbündeten wie bei den Neutralen einen schlechten Eindruck gemacht hat. Die Franzosen sind zu klug, um nicht einzusehen, daß sie auch als derzeitige stärkste militärische Macht Europas doch nicht auf die Dauer ganz Europa vor den Kopf stoßen können, ohne eine entsprechende Gegenwirkung hervorzurufen. Sie haben deshalb ihre Taktik umgestellt und versuchen nun, auf anderem Wege zum Ziele zu kommen. Im selben Augenblick, in dem Frankreich erfahren hatte, daß seine oberschlesische Politik im Ausschuß des Völkerbundsrates erfolgreich gewesen ist, hat Herr Noblemaire als Sprecher Frankreichs in der Völkerbundsversammlung mit schöner Geste Deutschland die Hand zur Versöhnung entgegengestreckt und auch den beabsichtigten Erfolg bei den um ihn versammelten Völkerbundsdelegierten erzielt. In Deutschland selbst hat man die Worte Noblemaires etwas kritischer aufgefaßt, denn wir haben zur Genüge erfahren, daß unter den glatten französischen Pfötchen recht scharfe Krallen stecken. Deutschland müsse auch moralisch abrüsten, verlangte Herr Noblemaire von uns, wie das nach seiner Angabe in Frankreich schon lange geschehen ist. Merkwürdigerweise hat aber das in erster Linie betroffene Deutschland von dieser moralischen Abrüstung Frankreichs noch nichts gemerkt und eine moralische Abrüstung ohne eine Verminderung der Besatzungstruppen in den Rheinlanden, die Deutschland bis aufs Blut aussaugen, nützt uns auch recht wenig. Wir würden gerne auf die moralische Abrüstung Frankreichs verzichten, wenn es sich zu einer praktischen Abrüstung entschließen könnte. Ebenso wie die Rede des Herrn Noblemaire ist auch die am Sonntag vom französischen Ministerpräsidenten Briand gehaltene Rede zu bewerten, in der Deutschland ebenfalls einige liebenswürdige Worte abbekommt, nachdem zuerst die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort als ein Aktivposten in der Politik des Ministeriums aufgeführt worden ist. Diese Aktion, die über die Friedensbedingungen von Versailles hinausgeht, wird ausdrücklich als eine militärische Maßnahme zur Bekämpfung des deutschen Militarismus bezeichnet, also als ein Machtmittel nicht zur Erzwingung wirtschaftlicher Leistungen von Deutschland, um die es sich in dem Londoner Ultimatum handelte, sondern um eine Stärkung der politischen und militärischen Machtstellung Frankreichs am Rhein. Herr Briand läßt also trotz seiner schönen Worte, die auf eine versöhnlichere Politik gegenüber Deutschland schließen lassen könnten, keine Zweifel darüber aufkommen, daß der Grundsatz der Machtpolitik auch weiterhin die Grundlage der französischen Politik sein wird.

Frankreich beherrscht den europäischen Kontinent, es beherrscht aber anscheinend auch die internationale Rechtsprechung, zu der der Völkerbund berufen ist. Die bereits vor ihrer offiziellen Veröffentlichung bekannt gewordene Entscheidung des Ausschusses des Völkerbundsrats in der oberschlesischen Frage hat den Beweis dafür geliefert, daß Deutschland von diesem Völkerbund eine unparteiische Rechtsprechung nicht erwarten kann. Ein Völkerbund, wenn er dieses Vertrauen genießen soll, muß auch tatsächlich auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Völker aufgebaut sein und darf nicht ein Land wie das Deutsche Reich ausschließen, weil Frankreich das Zustandekommen des Völkerbundes von einer derartigen Bedingung abhängig gemacht hat. Frankreich hat tatsächlich, wie das von Deutschland ja immer schon befürchtet wurde, den Völkerbund lediglich zum Schleppträger seiner Politik gemacht. Im Ausschuß des Völkerbundsrats, der diesem den Bericht über Oberschlesien vorzulegen hat und damit gewissermaßen dessen Entscheidung präjudiziert, waren neben Spanien und China auch Belgien und Brasilien vertreten, zwei ganz im Fahrwasser Frankreichs segelnde Staaten. Es war also von vornherein anzunehmen, daß von diesen beiden Staaten nichts Gutes für Deutschland zu erwarten sei. China gehörte ebenfalls zu den Kriegsgegnern Deutschlands, und wenn auch Spanien sich als Staat im Krieg strenger Neutralität gegenüber Deutschland befleißigt hat, so war doch sein Vertreter im Völkerbundsrat von vornherein von der französischen Presse als franzosenfreundlich begrüßt worden. Es wird also jedenfalls dem belgischen Vertreter Hymans nicht schwer geworden sein, für das polnisch-französische Interesse eine Mehrheit im Ausschuß des Völkerbundsrats zu finden, die den polnisch-französischen Wünschen entsprach und tatsächlich soll ja auch der Ausschuß dem Völkerbundsrat vorgeschlagen haben, Königshütte und Kattowitz Polen zu überweisen. Man kann es wohl verstehen, daß Lloyd George, als er von dieser unsinnigen Entscheidung vernahm, Lärm geschlagen hat. Königshütte und Kattowitz sind so überwiegend deutsche Städte, wie sich bei der Abstimmung ergeben hat, daß kein unparteiisches Schiedsgericht sie Polen zuprechen konnte.

Es kann überhaupt, das zeigt sich von Tag zu Tag klarer, nur eine vernünftige und gerechte Entscheidung geben und die lautet: Das ungeteilte Oberschlesien ist entweder an Polen oder an Deutschland zu geben. Da aber die Mehrheit der Bevölkerung sich für den Verbleib beim Deutschen Reich ausgesprochen hat, so ist diese Entscheidung die einzig mögliche, um so mehr, als bei der Abstimmung die oberschlesische Bevölkerung an eine Zerreißung ihres Landes überhaupt nicht gedacht hat. Diese aber ohne Volksabstimmung vorzunehmen, schlägt dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ins Gesicht. Es gäbe aus diesem Wirrwarr nur einen möglichen Ausweg, eine neue Abstimmung in Oberschlesien vorzunehmen und dessen Bevölkerung zu fragen, ob sie für oder gegen eine Teilung Oberschlesiens sei. Wir sind fest überzeugt, daß sich eine gewaltige Mehrheit gegen jede Teilung Oberschlesiens aussprechen würde. Aber zu einer neuen Abstimmung wird es jedenfalls nicht kommen, und es kann daher nur ein unparteiischer gerechter Spruch entscheiden. Diesen von dem jetzigen Völkerbund zu erwarten, dazu fehlt uns aber gerade nach dem, was jetzt wieder in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, nach wie vor das Vertrauen trotz oder gerade wegen der heuchlerischen Redensarten der französischen Staatsmänner.

Die englische Presse zur oberschlesischen Krise.

London, 11. Oktober. Die Blätter weisen in Telegrammen aus Berlin auf die in Deutschland herrschende gefährliche Spannung über die erwartete Entscheidung des Völkerbundsrates in der oberschlesischen Frage hin. Die Beratungen zwischen dem Minister des Aeußern Dr. Rosen und dem deutschen Botschafter Sthamer und die unmittelbar darauf erfolgte Rückreise des Botschafters nach London werden hervorgehoben. — Der Berliner Berichterstatter der Daily News schreibt unter Bezugnahme auf die letzte Verzögerung: Durch die dauernde Verschiebung der oberschlesischen Entscheidung durch die Alliierten wurde der Bogen überspannt. Wenn sich die Entscheidung in der oberschlesischen Frage ungünstig für Deutschland erweisen sollte, müßte das Schlimmste befürchtet werden. Der diplomatische Berichterstatter der Daily News schreibt, der Viererausschuß in Genf habe seinen Entschluß so gut wie getroffen. Dieser Beschluß wurde von Balfour und Bourgeois prinzipiell angenommen. Gewisse Einwände seien von italienischer Seite erhoben worden, die jedoch nicht für ernst angesehen würden. Selbst wenn Italien darauf bestehen sollte, würde dies nur bedeuten, daß die Anempfehlung des Völkerbundsrates auf einen Mehrheitsbeschluß und nicht auf einen einstimmigen Beschluß gegründet sein würde.

Der diplomatische Berichterstatter der Daily Chronicle schreibt, die Meldung aus Genf, daß in letzter Stunde versucht würde, die bevorstehende Entscheidung des Völkerbundsrates zu beeinflussen, entspreche nicht den Tatsachen. Ueber die Art der Verhandlungen sei nichts endgültiges bekannt. Die Hinweise darauf vermehrten sich jedoch daß der Völkerbundsrat mehr oder weniger einen Ausgleich zwischen den beiden entgegengesetzten Ansichten suche. Es brauche kaum gesagt zu werden, daß eine solche Lösung vom britischen Standpunkt aus nicht als befriedigend angesehen werden könnte, und zwar einfach aus dem Grunde, weil sie nach britischer Ansicht mit einer dauernden Stabilität jener schwierigen und gefährlichen Ecke Mitteleuropas nicht vereinbar sein würde. Sollte es die formelle Entscheidung des Völkerbundes sein, so werde England sie annehmen müssen. England habe sich gebunden und könne keine Einwände erheben. Eine größere Frage komme jedoch in Betracht. Es würde unglücklich sein, wenn in der Geschichte des Völkerbundes ein Präzedenzfall geschaffen würde, in dem der Bund eine schiedsrichterliche Entscheidung treffe, die nur ausgleichender Art sei. Das künftige Prestige des Völkerbundes als schiedsrichterliche Körperschaft hänge in hohem Maße von der Güte der Entscheidung ab, die in Fragen dieser Art gefällt werde.

Auch der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph stellt nachdrücklich in Abrede, daß die britische Regierung oder Lloyd George versuchten, sich in die Arbeit des Unterausschusses des Völkerbundsrates für die oberschlesische Frage einzumischen. Selbst Balfour habe sich von der Tätigkeit des Unterausschusses vollkommen ferngehalten. Die britischen Sachverständigen für die oberschlesische Frage seien seit langem aus Genf abgereist. Die britischen Minister seien entschlossen, sich an ihre Verpflichtungen, die Anempfehlung des Völkerbundsrates anzunehmen, zu halten ohne Rücksicht auf ihre persönliche Ansicht über die wirtschaftliche Seite der neuen Grenzlinie.

Sthamer bei Lloyd George.

Berlin, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Heute wird Senator Sthamer Lloyd George besuchen. Man kann dieser Unterredung, die sich mit der oberschlesischen Frage befassen wird, große Bedeutung beimessen.

Die Haltung der Parteien.

Die Haltung der Parteien des Reichstages ist bis auf die der Sozialdemokraten vorläufig noch unbekannt. Es ist anzunehmen, daß Dr. Wirth sich in allernächster Zeit, vielleicht schon heute, mit den Parteiführern in Verbindung setzt, um deren Standpunkt kennen zu lernen. Auch die Frage einer früheren Einberufung des Reichstages wird ventiliert, doch läßt sich hierüber noch nicht bestimmtes sagen. Für heute vormittag 10 Uhr hat Dr. Stresemann, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses den Ausschuß zu einer Sitzung einberufen, in der gleichfalls die oberschlesische Frage zur Besprechung gelangen soll.

Die Vormittagssitzung des Kabinetts.

Berlin, 11. Oktober. Wie die Blätter melden, ist die heutige Vormittagssitzung des Kabinetts, die sich mit dem oberschlesischen Problem befaßt hat, um 1 Uhr abgebrochen worden. Die Sitzung wird heute abend ½7 Uhr fortgesetzt werden. Ein endgültiger Beschluß ist weder in der gestrigen noch in der heutigen Kabinettssitzung gefaßt worden, da der Reichsregierung eine amtliche Mitteilung über den Stand der oberschlesischen Frage in Genf noch nicht vorgelegen hat. Dem B. T. zufolge soll der deutsche Botschafter in London Dr. Sthamer beauftragt worden sein, Lloyd George nicht im unklaren darüber zu lassen, welche politischen Folgen sich aus einer Abtrennung des oberschlesischen Industriereviers von Deutschland ergeben würden. Die diplomatischen Vertreter Deutschlands in den anderen Ententestaaten sollen ähnliche Weisungen erhalten haben. Nach einer Mitteilung der Vossischen Zeitung soll in der Nachtsitzung des Kabinetts der Antrag einer sofortigen Demission der Regierung gestellt und erwogen worden sein mit der Begründung, daß sich das Programm und die Politik des Kabinetts Wirth nicht weiter durchführen lassen würden, wenn Oberschlesien Deutschland verloren ginge. Das Blatt betont aber, daß das Kabinett Wirth nach wie vor den festen Willen zur Erfüllung habe und nur wünsche, daß man ihm die Möglichkeit läßt, den Willen auch weiterhin in die Tat umzusetzen. In diesem Sinne dürfte auch der deutsche Botschafter in London bei Lloyd George Vorstellungen erheben. Auch der Vorwärts erhebt nachmals den festen Willen des Kabinetts Wirth hervor, die Verpflichtungen Deutschlands weiter wie bisher bis an die Grenze des Menschenmöglichen zu erfüllen und sagt, bisher konnten die ungeheuren Anstrengungen mit gutem Gewissen gemacht werden, weil man uns versichert hatte, der oberschlesische Lungenflügel, dessen wir als Schwerstarbeiter unbedingt bedürfen, werde uns nicht beschnitten werden. Was bleibt aber zu tun übrig, wenn uns das freie Atmen durch den stets drohenden Zugriff einer Aerztekommission behindert wird? Wir sollen wir uns unser Reparations- und Wirtschaftsprogramm festlegen, wenn in Oberschlesien von neuem ein kurzfristiges Provisorium geschaffen wird? Gewiß, Deutschland wird weiterkämpfen. Aber die Verhältnisse sind nicht geklärt genug, um eine Enttäuschung, wie es Oberschlesien zu werden droht, ohne gefährliche Erschütterungen überstehen zu können.

Der Schildbürgerrat in Genf.

Genf, 11. Okt. (Eigene Drahtung.) In den Kreisen des Völkerbundsrates besteht, wie unser Korrespondent mitteilt, die Auffassung, daß es dem Völkerbund in erster Linie darauf ankomme, schnell eine Entscheidung zu treffen. Man glaubt, daß eine schnelle Entscheidung viel wichtiger sei als eine richtige, einmal weil der Völkerbund zeigen will, daß er praktische Arbeit leisten könne, dann aber auch, weil man den internationalen Zankapfel, zu dem Oberschlesien geworden ist, beseitigen will. Man hat ganz offen in den letzten Tagen wiederholt ausgesprochen, daß eine schnelle Entscheidung auch dann wertvoll sei, wenn sie große Schädigungen in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zeitigt.

Wenn diese Nachricht nicht unbedingt verbürgt wäre, müßte man sich an den Kopf fassen, wenn man bedenkt, daß rein aus Eitelkeitsgründen und taktischen Erwägungen auf eine derart leichtfertige Weise über das Schicksal eines Volkes und Landes, das 2½ Millionen Einwohner zählt entschieden wird.

Am Sonnabend Entscheidung des Völkerbundsrates.

Genf, 11. Oktober. (Eigene Drahtung.) Der Völkerbundsrat wird am Mittwoch eine außerordentliche Sitzung unter dem Vorsitz Ishiis abhalten und von dem Resultat der Besprechungen der Viererkommission Kenntnis nehmen. Am Sonnabend abend, wenn man über die dem Obersten Rat für die Verteilung Oberschlesiens zu empfehlende Lösung einig ist, wird die Ansicht des Rates des Völkerbundes an Briand, dem Präsidenten des Obersten Rates, telegraphisch mitgeteilt werden.

Das Wiesbadener Abkommen.

Paris, 11. Oktober. (Eigene Drahtung.) Das Wiesbadener Abkommen wurde von der französischen Regierung gestern der Reparationskommission übermittelt. Wie in politischen Kreisen verlautet, wird die Kommission das Abkommen baldigst durchberaten, so daß sie bereits im Laufe der nächsten Woche ihr Gutachten darüber wird abgeben können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19211012017/fragment/page=0001

Aufruf der bayerischen Demokraten für Oberschlesien.

Vorstandschaft und Landtagsfraktion der Deutschen demokratischen Partei Bayerns erlassen einen Aufruf und eine Kundgebung für Oberschlesien, in der es heißt:

Noch wissen wir nicht, wie der Spruch des Völkerbundes über Oberschlesien lauten wird. Aber die bisherigen Nachrichten weisen darauf hin, daß gegen sonnenklares geschichtliches und natürliches Recht, gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages, gegen das Ergebnis der oberschlesischen Volksabstimmung eine Scheinlösung versucht werden soll, die nichts wäre als eine unerhörte Vergewaltigung des deutschen Volkes und ein tödlicher Schlag gegen sein zukünftiges Leben. Das deutsche Volk muß nochmals seine Stimme erheben und sich in letzter Stunde gegen das ihm drohende Unheil auflehnen, durch welches auch die Wohlfahrt und die Ruhe Europas dauernd gestört würde. Alle deutschen Volksgenossen müssen einstimmig bekunden, daß sie eine Entscheidung, die gegen Recht und gute Sitte und gegen alle Grundsätze eines wirklichen Völkerbundes verstößt, nie anerkennen wollen.

In Oppau 600 Tote — 60 Millionen an Spenden.

Ludwigshafen, 11. Oktober. (Eigene Drahtung.) Die Zahl der Toten und Vermißten des Oppauer Unglücks hat nunmehr nach amtlichen Mitteilungen 600 überschritten, nachdem noch mehrere Schwerverletzte in den Krankenhäusern gestorben sind. Die Zahl der Erblindeten ist doch etwas kleiner, als zuerst angenommen wurde. An Spenden sind bisher über 60 Millionen Mark aufgebracht worden.

Geheime Waffenlager in Ostpreußen.

Das Oberpräsidium in Königsberg teilt mit: Die Königsberger Volkszeitung bringt im Leitartikel ihrer Nummer vom 11. Oktober 1921 Mitteilungen über die Entwaffnung Ostpreußen, wonach von seiten privater Organisationen trotz der behördlichen Anordnungen Waffenlager in der Provinz unterhalten würden. Es ist sofort von seiten des Oberpräsidenten Veranlassung genommen worden, eine Untersuchung auf Grund der Anschuldigung einzuleiten. Die Schriftleitung des genannten Blattes und die Leitung der S. P. D. Ostpreußens werden aufgefordert, das in dieser Hinsicht vorhandene Material dem Oberpräsidium zur Verfügung zu stellen, um auf Grund derselben die Untersuchung mit aller Unparteilichkeit unter Wahrung der berechtigten Interessen der gesamten Bevölkerung Ostpreußens führen zu können.

Streikstimmung in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 11. Oktober. In einer Funktionärversammlung der Arbeiter und Angestellten in der Großberliner Metallindustrie wird heute abend die Entscheidung darüber fallen, ob bereits morgen der Streik in der Metallindustrie ausbrechen wird. Die Abstimmung in den Betrieben hat eine große Mehrheit für einen sofortigen Streik ergeben; es ist also für morgen mit dem Ausbruch des Streiks zu rechnen.

Ein vernünftiger amerikanischer Vorschlag.

Paris, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) „Chicago Tribune" meldet aus Koblenz: Die amerikanische Regierung hat bei England, Frankreich und Belgien die Anregung gegeben, die Besatzungstruppen im Rheinland im Laufe der nächsten Monate um etwa ein Drittel zu verringern, um auf diese Weise die Kosten herabzumindern, die Deutschland den Alliierten zurückzahlen muß. Der Botschafterrat wird sich mit diesen Vorschlag in seiner nächsten Sitzung befassen.

Eine Proklamation de Valeras.

London, 11. Oktober. De Valera hat abends eine Proklamation an das irische Volk erlassen, worin er erklärt, die Londoner Konferenz werde das Geschick des gesamten Volkes stark beeinflussen und es bestimmen. Es sei Pflicht aller Irländer, jetzt in Irland zusammenzustehen. Es sei der brennende Wunsch aller Iren, daß der hundertjährige Streit zwischen den Lenkern Großbritanniens und denen des irischen Volkes schließlich zu Ende gebracht werde. Der Kampf auf irischer Seite wurde stets nur für die Aufrechterhaltung des Rechtes geführt, das nicht aufgegeben und nicht ausgeglichen werden könne.

Die irische Konferenz

ist heute vormittag eröffnet worden. Chamberlain war wegen Unpäßlichkeit nicht erschienen. Als Sprecher der englischen Abordnung begrüßte Lloyd George die Iren, in deren Namen Griffith antwortete. Die Delegierten gingen sofort an die Arbeit. Ueber die Konferenz werden vermutlich nur ganz knappe amtliche Berichte veröffentlicht. — Die irischen Mitglieder wurden bei ihrer Ankunft von einer großen Schar Landsleute, die sich in der Downingstreet versammelt hatten, begeistert begrüßt.

Das Echo der Hungerkonferenz.

London, 10. Okt. „Manchester Guardian" und „Westminster Gazette" wenden sich in scharfen Worten gegen die bereits mitgeteilten Beschlüsse der Brüsseler Konferenz in der Frage der Unterstützung Rußlands. „Manchester Guardian" schreibt, den verständigen Leuten in Westeuropa scheine nichts mehr übrig zu bleiben, als zu versuchen, auf privatem Wege die elementare Pflicht zu erfüllen, die ihre Regierungen von sich gewiesen haben. „Westminster Gazette" sagt, die Entschließungen der Brüsseler Konferenz seien der Mittelpunkt des nackten Zynismus.

Deutsches Reich.

Der Sklarzprozeß vor dem Reichsgericht. Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision des bekannte Kaufmanns Heinrich Sklarz, der vom Landgericht Berlin 1 am 20. Januar d. J. wegen Beamtennötigung zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Gegen ihn war seinerzeit ein Verfahren wegen Amtsanmaßung, Gefangenenbefreiung und Mordes eingeleitet worden, das am 12. Mai wegen Mangels an ausreichenden Beweisen eingestellt worden ist. Bevor die Einstellung erfolgte, hatte Sklarz dem Staatsanwalt Gutjahr gegenüber sehr energisch die Einstellung dieses Verfahrens verlangt und dabei bemerkt, andernfalls werde ein Staatsanwalt seinen Dienst quittieren müssen. Das Landgericht hatte hierin eine Drohung mit einem Uebel erblickt, durch die der Staatsanwalt zu einer Amtshandlung genötigt werden sollte.

Der Hamburger Buchdruckerstreik. Nach Mitteilung des Nachrichtenblattes der großhamburgischen Tageszeitungen wird, nachdem die in Berlin von dem Tarifamt geführten Verhandlungen über den hiesigen Buchdruckerstreik ergebnislos verlaufen sind, die von den betroffenen Blättern herausgegebene Notzeitung nunmehr erweitert und von jetzt ab auch die wichtigsten Anzeigen aufnehmen. Wegen der vorgekommenen Ausschreitungen bei der Beförderung der Zeitungen wurde der Senat um eine Verstärkung des polizeilichen Schutzes ersucht. Nach dem Hamburger Echo haben bisher 50 Firmen die erhöhte Forderung der Gehilfenschaft bewilligt.

Zeitungsverbot. Die Rundschau für das oberschlesische Volk in Ratibor wurde von der interalliierten Kommission ohne Angabe von Gründen vom 1. bis 25. Oktober verboten, und zwar, wie man annimmt, wegen eines Artikels über das Selbstbestimmungsrecht des Hultschiner Ländchens.

Preußischer Landtag.

53. Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Anfrage der Deutschen Volkspartei betreffend die Weigerung verschiedener Gemeinden, ihre Beamten den Staatsbeamten in gleicher Stellung in den Bezügen gleichzustellen. Die Antwort der Regierung führt diese Weigerung lediglich auf die äußerst bedrängte Finanzlage der Gemeinden zurück. Die Anträge des Zentrums über die Versorgung der staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter mit Wintervorräten und der Antrag der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf Neuregelung der Notzuschläge zur Herstellung des gerechten Verhältnisses zwischen den Bezügen der Beamtenanwärter und -anwärterinnen und der Lehramtsbewerber und -bewerberinnen gehen an den Beamtenausschuß. Zur Beratung des Antrages von Kries (Dn.) u. Gen. über die Aufbesserung der Bezüge der aus den abgetretenen Gebieten nach Deutschland verzogenen Ruhegehaltsempfänger des mittleren Staatsdienstes und deren Hinterbliebenen beantragt der Beamtenausschuß, diesen Ruhegehaltsempfängern Ruhegehälter bezw. Zuschüsse vom 1. April 1921 ab bis zur Höhe der den entsprechenden Klassen staatlicher Ruhegehaltsempfänger zustehenden Bezüge zu gewähren, wenn und soweit ihnen Ruhegehälter bzw. Zuschüsse in der gedachten Höhe von den zur Zahlung verpflichteten Körperschaften nicht gewährt werden. Die Hinterbliebenen dieser Ruhegehaltsempfänger sollen entsprechend bedacht werden. Das Haus stimmt dem Ausschußantrage ohne Debatte zu.

Ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei verlangt für Ostpreußen Frachtermäßigung für landwirtschaftliche und kaufmännische Bedarfsartikel und Erzeugnisse, insbesondere Dünger, Kohlen, Maschinen, Lebensmittel.

Abg. Wormit (Dn.) begründet ausführlich den Antrag seiner Fraktion.

Abg. Steffens (D. Vpt.) befürwortet den Antrag seiner Partei ebenfalls durch eine detaillierte Darlegung der politischen und wirtschaftlichen Notlage Ostpreußens.

Ein Vertreter des Handelsministeriums erklärt zu dem deutschnationalen Antrag, daß eine Frachtermäßigung für Ostpreußen einen starken Einnahmeausfall bedeute und daß eine weitere große Schwierigkeit in dem Artikel 365 des Friedensvertrages liege, der der Entente das Recht gebe, eine gleiche Frachtermäßigung zu fordern. Ein gangbarer Weg sei ein Stafseltarif dergestalt, daß für eine bestimmte weitere Entfernung der Frachtsatz erheblich sinke.

In der Besprechung der Anträge spricht

Abg. Stamer (Soz.) für Ueberweisung der Anträge an den Ausschuß, womit auch Abg. Graw (Ztr.) einverstanden ist, während Abg. Klausner (U. S.) den Anträgen in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen kann.

Abg. Dr. Wendorff (Dem.) ist der Ansicht, daß die besonders schwierigen ostpreußischen Verhältnisse auch besondere Hilfsmaßnahmen rechtfertigen. Die ostpreußische Industrie stehe vor der Gefahr, nicht wettbewerbsfähig bleiben zu können.

Nach kurzer weiterer Debatte und einem Schlußwort des Abgeordneten Dr. Steffens gehen die Anträge an den Ausschuß für Verkehrswesen.

Dann setzt das Haus die Besprechung der großen Anfrage der Demokraten über den Entwurf des Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Artikels 146 der Reichsverfassung betreffend Bekenntnis- und Weltanschauungsschule fort. In Verbindung mit dieser Materie wird weiter behandelt der Antrag der Unabhängigen über den Wegfall des Religionsunterrichts an den Schulen und ein neu eingebrachter Antrag der Deutschnationalen auf staatliche Unterstützung der Privatschulen. Diesen Antrag begründet Frau Lehmann (Dn.).

Abg. Kimpel (Dem.): Wir brauchen dringend ein Reichsschulgesetz, aber der gegenwärtige Gesetzentwurf entspricht nicht unseren Wünschen. Unser Ideal ist die Gemeinschaftsschule. Wir bestehen auf loyaler Durchführung der Verfassungsbestimmungen über die Schule.

Abg. Dr. Wildermann (Ztr.): Der Entwurf des Reichsschulgesetzes findet auch bei uns keinen ungeteilten Beifall. Auch die deutschen Bischöfe haben sich gegen ihn ausgesprochen. Es handelt sich hier nicht allein um einen Kampf um die Schule, sondern um einen Kampf zweier Weltanschauungen, den Weg mit Gewalt zu versperren. Ohne konfessionellen Religionsunterricht in den Schulen gibt es eine wirkliche Erziehung nicht. Wenn Sie versuchen sollten, den Religionsunterricht aus den Schulen zu entfernen, dann bricht ein Kulturkampf aus, gegen den alle bisherigen Kämpfe ein Kinderspiel sind. (Stürmischer Beifall im Zentrum und auf der Rechten.)

Abg. Kollmann (U. S.): Es gibt auch eine Erziehung zur Sittlichkeit ohne Religionsunterricht und wir wollen eine Erziehung ohne Anwendung des Testaments.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß nach ½7 Uhr.

Auslands-Rundschau.

Das französische Kriegsbudget. Finanzminister Doumer ließ dem Finanzausschuß der Kammer einen Zusatzentwurf zum Kriegsbudget zugehen, wodurch er eine Nachforderung von 137 Millionen Franken für Marokko erhebt.

Die Internationale Hilfskonferenz für Rußland hat sich nach Annahme von fünf Entschließungen auf unbestimmte Zeit vertagt. Es ist tief bedauerlich, daß Pflichten der Nächstenliebe mit den Fragen der Anerkennung der Vorkriegsschulden verfolgt worden sind, denn mit den schönsten papiernen Resolutionen werden die hungernden Kinder nicht gesättigt.

Der König von Schweden hat den Sozialdemokraten Branting mit der Kabinettsbildung beauftragt. Diese Wendung war nach dem sehr großen Siege der sozialistischen Parteien bei den letzten Wahlen vorauszusehen und gegeben.

Kunst und Wissenschaft.

Mysterienabend im Münchener Residenztheater.

Uraufführung.

München, 9. 10. 21.

Ist nicht das der Kunst höchstes Ziel: der Menschen Herzen zu öffnen und zu ihren Seelen zu sprechen? Kehrt sie nicht, durch dieses hohe Ziel, zu ihrer Urbestimmung zurück: Gottesdienst, Religion tiefsten Sinnes zu sein? Seltsam berührt wurden wir durch die heutige Aufführung des „Residenztheaters", das zwei Mysterienspiele bot, das „Zeit- und Trostgespräch aus dem Jahre 1400" von Johannes von Saaz (bearbeitet von Rudolf Frank) „Der Ackermann aus Böhmen" und die von Fr. Joh. Weinreich bearbeitete und von Bruno Stürmer musikalisch ausgemalte Legende „Der Tänzer unserer lieben Frau". Das erste Stück ist eine in ihrer Naivität rührende und in ihrer primitiven Leidenschaftlichkeit packende Auseinandersetzung eines Landmannes (also eines der Natur nahen Menschen) mit dem Tode, der ihm sein Liebstes, das junge Eheweib, entrissen. Der liebe Gott greift in den Streit ein und gibt beiden unrecht: dem Menschen, der zu fordern wagt, was ihm nur als Leihen anvertraut gewesen, und dem Tode, der sich seiner Macht rühmt, die er nicht durch sich selbst errungen, sondern aus Gottes Hand empfangen hat. In Gott findet der Witwer Trost und Vertrauen. Gebet stärkt ihn zum neuen Tagewerk. Dieses Stücklein gibt in einfachen, tiefen Worten das Geheimnis der Naturgesetze; Mystik ist nicht Verschleierung, sondern gleichsam die gläserne Hülle, unter der das Geheimnis der irdischen Schicksalsbestimmung deutlich wird. Es spricht auch unsere Herzen an und stimmt uns zu frommer Andacht. — Die so bereiteten Seelen werden umso empfänglicher das nächste Stück aufgenommen haben, die Legende vom „Tänzer unserer lieben Frau", kein Drama mit irgendwie bewegter Handlung, sondern zwei Bilder religiöser Ekstase, der das Wunder gelingt: Maria spricht zu dem Spielmann, der sie in heißer Inbrunst umworben hat. Ihrem Tänzer, der ihr zum Preise seine Kunst ausübt, verheißt sie das Paradies, in das er noch am gleichen Tage einziehen werde. Die Freude darüber wirft ihn zu Boden. Er stirbt in den Armen der Mönche, seiner Brüder und Helfer. Auch dieses Stück ist schön, nicht so durch sich selbst, wie vielmehr durch seine Wirkung. Zu jedem, der glauben will, spricht es anders. Jeder holt sich für seine Erdentage irgendwie Bereicherung daraus. „Jeder diene der Gottesmutter auf seine Art", das ist seine glückhafte Forderung. Huldreich nimmt Maria auch profanes Tun auf, so nur die Herzen ihr zugewandt sind. — Es ist unfaßbar dumm, wenn Zuschauer in solchen Darbietungen „dramatisches Leben" vermissen. Ihnen kann man nur zurufen: Tut die Herzen auf!

Die Darstellung war in beiden Stücken ausgezeichnet. Für den „Ackermann aus Böhmen" hatte der Maler Pasetti in einfachen Flächen eine legendäre Ackerlandschaft geschaffen, die den beiden Figuren den eindrucksvollsten Rahmen bot. Erwin Faber und Armand Zäpfel (Tod) standen in Gerassiheit und eindeutiger Kraft gegeneinander. — Der „Tänzer" ist eigentlich nur einer, der Titelperson, Angelegenheit. Stieler, der sie verkörperte, vermittelte uns, in Form und Ausdruck, den tiefen Eindruck gotischer Ekstase.

Das Publikum schien tief ergriffen.

Richard Rieß.

Kino- und Tino-Reklame im Dresdner Staatstheater.

Wie einst Karl Burian bringt Tino Pattiera den Dresdnern Ueberraschungen, die die Sensationslüsternen gierig aufnehmen. Der verwöhnte Liebling der Dresdner Backfisch, ein Ausländer, der nur gebrochen die deutsche Sprache spricht, kann sich alles erlauben. Es bleibt ein widerliches Spiel, wie deutsche Mädels allabendlich am „Künstlerpförtchen" der Staatsoper sich benehmen. Vor ein paar Tagen zeigte sich der temperamentvolle Opernsänger Tino Pattiera als Revolverheld, heute als Held der Reklame. Eine Dresdner Sportzeitung verriet, wie der hitzige Opernsänger einen Gast, der ein anderes Urteil über den Schiedsrichter hatte, von seiner Lage auf dem Sportplatze mit dröhnender Stimme anekelte: „Wenn Sie das noch einmal sagen, knalle ich Sie wie einen tollen Hund nieder!" Ein friedlicher Ausgang. Ohne Blut! Die Dresdner Backfische schwimmen über den feschen Revolverhelden in Seligkeit. Erörterungen des Sportklubs, ob herr Tino je wieder den Sportplatz betreten darf, Ein widerliches Revolverspiel als Reklame! Das neueste Werk aber seiner Laune! In der Abschiedsstimmung geboren. Tagelang ein ausverkauftes Haus und Zwischenhandel von Eintrittskarten zu unerhörten Preisen. Da, man traut seinen Augen nicht! Dem Vorübergehenden am Staatstheater werden Zettel mit die Hand gedrückt wie beim Kino. „Immer hereinspaziert, Herschaften! Ich singe dennoch, obwohl die neue Leitung des Staatstheaters mich schikaniert und mir zwei Freikarten versagt!" Das ist der langen Rede kurzer Sinn. Zettelträger und Ausrufer vor dem Staatstheater, dem alten ehrwürdigen Institute mit seinen berühmten Traditionen. Heiliger Ben Akiba, das ist noch nicht dagewesen! Es läuft auf widerliche Reklame eines Künstlers hinaus. Echt amerikanisch. Man entsinnt sich noch der energischen erzieherischen Maßnahmen bei ähnlichen Künstlerentgleisungen unter Graf Seebachs Leitung. Heute blieb die Quittung der verantwortlichen Leitung auf die unerhörten Eigenmächtigkeiten eines verwöhnten Künstlers aus. Oder soll man die Blumenschlacht an demselben Abend im Opernhaus oder den jedes Maß überschreitenden Enthusiasmus des Backfischheeres als Antwort buchen? Für Publikum und Intendanz in Erinnerung: Landgraf werde hart! Der wahre Kunstfreund haßt die Kino- und Tino-Reklame im Staatstheater. Sie ist kunstfeindlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19211012017/fragment/page=0002

Halle und Umgebung.

Halle, den 12. Oktober 1921.

Zentralverband des deutschen Großhandels.

Die Bezirksgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels hielt gestern nachmittag 4 Uhr im Stadtschützenhause eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Der 1. Vorsitzende der Bezirksgruppe, Herr Kaufmann Ludolf Engel (Halle), eröffnete die Versammlung; er betonte, daß lange Zeit vergangen sei, seitdem die Vertreter des Großhandels zum letzten Mal in Halle zusammengekommen seien. „Groß sind seitdem die Lasten geworden," so führte er aus, „die auf die Schultern eines jeden Deutschen gelegt worden sind, doppelt groß aber für den Großhandel, der nicht nur seine eigenen Lasten zu tragen, sondern auch noch für Fremde zu sorgen hat. Ob der Großhandel die ihm dadurch aufgelegten Pflichten erledigen kann, das ist die Frage, die uns heute beschäftigen soll." Herr Engel begrüßte darauf die zahlreich erschienenen Gäste, so vor allem Herrn Oberbürgermeister Dr. Rive, Herrn Bürgermeister Seydel und Herrn Stadtrat Pfautsch als Vertreter des Magistrats, den Ehrenpräsidenten der Handelskammer, Herrn Geheimrat Dr. Steckner, den Präsidenten der Handelskammer, Herrn Bergrat Fabian und Herrn Syndikus Dr. Pfahl, die Präsidenten der Oberpost- und der Eisenbahndirektion, die Mitglieder des mittelständischen Schutzverbandes, Herrn Reichstagsabgeordneten Delius, Herrn Dr. Schreiber als Mitglied des preußischen Landtages, die Vertreter des Großhandels aus den zur Bezirksgruppe gehörigen Städten und die Vertreter der Presse. Herr Engel erstattete nunmehr den Bericht über die Tätigkeit des Zentralverbandes im allgemeinen und über die Geschehnisse und Lage in der Bezirksgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen, worauf wir morgen noch näher eingehen werden.

Dann ergriff Herr Otto Keinath, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Zentralverbandes, Mitglied des Reichstages und Mitglied des Reichswirtschaftsrates, das Wort zu einem Vortrag über

„Die wirtschaftlichen Folgen des Ultimatums".

Er führte ungefähr folgendes aus: „Vor dem Kriege war die deutsche Volkswirtschaft zu einer erstaunenswerten Blüte gelangt. Schon der Krieg hat indessen die deutsche Wirtschaft langsam ausgehöhlt, und heute stehen wir vor der Tatsache, daß unsere Volkswirtschaft — selbst abgesehen von den Lasten, die uns die Entente auferlegt hat — mit Unterbilanz arbeitet. Vor einigen Monaten hatten wir eine Unterbilanz von drei Milliarden in Gold. Das mag sich wohl in den letzten Monaten durch den niedrigen Marksturs etwas gebessert haben — ohne doch von wesentlichem Einfluß auf den Tiefstand und die drohende Zerrüttung der Wirtschaft zu sein. Einer der Hauptgründe für das Entstehen der Unterbilanz ist darin zu suchen, daß das Verhältnis von Belegschaft und Produktion sich in sämtlichen Zweigen der Industrie aufs ungünstigste verschoben hat: heute haben wir durchschnittlich weniger als 70 Prozent der Friedensleistung. Vor dem Kriege verbrauchten wir nun 70 bis 75 Prozent unserer Produktion, die Ueberschüsse bildeten Kapitalreserven zu neuen Anlagen im Inlande und Wertanlagen im Auslande. Durch jene vorhin erwähnte Senkung der Arbeitsleistung um 30 Prozent übertrifft jedoch heute unser Verbrauch ganz beträchtlich unsere Produktion. Die Ursachen für die Minderleistung an Arbeit sind sehr leicht in den Schwierigkeiten des Wiederaufbaus im allgemeinen, in der unvorbereiteten Einführung des Achtstundentages, in der Gleichstellung der bloßen Arbeitsbereitschaft mit der Arbeitsleistung und in der immer noch andauernden Weigerung der Arbeiter, die Akkordarbeit wieder einzuführen, zu suchen. Erschwerend kommt hinzu, daß die rein kapitalistischen Erträge der Wirtschaft in Fortfall gekommen sind: denn vor dem Kriege hatten wir ungefähr Forderungen in der Höhe von 20 Milliarden an das Ausland, die natürlich von diesem verzinst werden mußten. Ziehen wir aus allem die Konsequenz, so kommen wir zu der Erkenntnis, daß wir bis auf weiteres uns selbst nicht erhalten können.

In diesen Zustand hinein sind nun die Forderungen des Ultimatums gekommen, die neben einer festen Jahresrate von zwei Milliarden Goldmark eine veränderliche Rate festsetzen, die sich je nach dem Wert der deutschen Ausfuhr richtet. Hinzu kommen noch die Kosten für die Besatzung und die Ausgleichszahlungen, so daß beispielsweise für das erste Verpflichtungsjahr im Ganzen 3,6 Milliarden zu zahlen sind. Es ist völlig ausgeschlossen, solche Beträge auch nur auf kurze Zeit aus unserer Wirtschaft herauszubringen.

In dem Ultimatum ist ferner eine Bindung unserer Außenhandelspolitik enthalten; denn alle Zölle und Abgaben unterliegen dem Veto einer Garantie-Kommission. Dieses Vetorecht wird natürlich vom Standpunkt des feindlichen Wettbewerbes ausgeübt werden. Das Deutsche Reich hat demzufolge für jede exportierte Mark 26 Pfennig hinzuzuzahlen. Das bedeutet, das Reich kann nicht zulassen, daß Waren ausgeführt werden, bei denen die deutsche Wirtschaft weniger als 26 Prozent verdient, und das bedeutet wiederum nichts anderes, als daß bestimmte Ausfuhren künftig verboten werden müssen. Wenn die Ausfuhr gewisser Produktionsartikel unterbunden wird, greift diese Maßnahme natürlich auch in die Wirtschaft der anderen Länder verheerend ein. Das sollte man sich rechtzeitig an ehdei unseren Feinden überlegen.

Die Unerfüllbarkeit des Ultimatums ist uns von vornherein klar gewesen. Die ersten, kleinen Zahlungen konnten wir nur ausführen, weil noch Reserven vorhanden waren. Als es jedoch galt, aus dem Ertrag zu zahlen, stand man bald vor einem Abgrund. Um nun die am 31. August fällige Rate aufzubringen, hat man überall kleine Auslandskredite herausgekratzt. Unserer Wirtschaft wurde das Blut entzogen, und die Markentwertung nahm erschreckende Formen an. Man steht aber nun vor der Aufgabe, jeden Monat 300 Mill. Gold zu schaffen. Ist diese Aufgabe überhaupt je zu lösen?

Die Wirkung auf unsere Feinde ist fast ebenso vernichtend gewesen wie auf uns. Bei uns Scheinkonjunktur — bei jenen erschreckende Arbeitslosigkeit. Die Siegerstaaten, denen der ganze Osten Europas vom Rhein ab als Tiefvalutagebiet für die Wirtschaft verschlossen ist, haben durch die Arbeitslosigkeit bisher mehr verloren, als sie aus der deutschen Wirtschaft herausgepumpt haben. Ein solcher Zustand kann natürlich nicht von langer Dauer sein.

Was wir gegenwärtig betreiben, sind im Grunde Verlustgeschäfte für die deutsche Volkswirtschaft und für die Privatwirtschaft. Wir verkaufen billig hergestellte Waren teuer und schieben Ersatz ein, der doch schon wieder teurer ist als das, was wir am selben Tage verkauften. Daß der Kurs des Geldes mächtiger ist als alle Staatsgewalten, wird uns die Zeit noch lehren. Auch im inneren Verkehr übt die Scheinkonjunktur eine unheilvolle Wirkung aus. Die Rentner gehen vollends zugrunde. Mit dem Sinken der Mark beginnen neue Arbeitskämpfe, und damit bekommen wir neue Verfeindungen zwischen den Volksschichten. Aufs Neue wird der Lärm über die Wucherei entfachen. Aber kein Handel kann eine Teuerung aufhalten, wenn der Dollar von 60 auf 120 Mark steigt.

Die andere innere Auswirkung der Zeit ist die Steuerwelle und doch — durch all' die neuen Steuern bekommen wir nicht einen einzigen Dollar zur Bezahlung unserer Schulden. Als der Reichskanzler sein Steuerprogramm entwarf, entsprachen 48 Milliarden Papiermark einer Summe von drei Milliarden in Gold, heute brauchen wir schon 85 Milliarden zur Deckung derselben Summe. Wir können heute nur bezahlen durch Ausfuhr, und diese ist nur möglich bei einer

Steigerung der Produktion.

Wenn wir diese nicht herbeiführen, haben wir nichts getan für die Reparation.

Statt dessen tobt aber der Kampf um Verbrauchs- und Besitzsteuern. Ob Verbrauchs- oder Besitzsteuer — letzten Endes ist doch die Wirtschaft der Leidtragende. Auch ich stimme für einen Eingriff in den Besitz, in die Substanz der deutschen Wirtschaft — aber nur unter der Bedingung, daß auf Grund dessen die Arbeitsleistungen gesteigert werden, damit die Verluste im Besitz ersetzt werden können. In diesem Sinne schließe ich mich den Worten des Reichskanzlers an: „Es muß ein Bund von Besitz und Arbeit geschaffen werden."

Ob der Kreditplan der deutschen Industrie in Deutschland organisiert werden kann, steht noch nicht fest, ob das Ausland mitmacht, auch nicht. Jedenfalls kann er uns aber nur über die nächsten Monate hinweghelfen, hat also nur Zweck, wenn man auf ein Einsehen bei unseren Feinden rechnen kann. Auch der Handel soll bekanntlich daran interessiert werden. Da er es aus eigenen Mitteln nicht kann, wird wohl nur an eine Kombination des Handels mit den Banken zu denken sein.

Ein weiteres Mittel, der dringendsten Not zu entgehen, hat Rathenau in den Sachleistungen gesehen. Aber was wir an Sachleistungen schaffen, kommt einfach den Devisen zugute; es handelt sich also lediglich um eine Verstärkung des Devisenzuflusses. Uebrigens ist das Wiesbadener Abkommen recht einseitig: Deutschland verpflichtet sich, und Frankreich kann davon Gebrauch machen, wenn es will. In der Zeit schlechter Konjunktur wird dann einfach Frankreich nicht wollen. Mit dem ganzen Problem taucht auch das Gespenst der Organisationsstellen wieder auf, das dem Handel ein großes Grausen einjagt. An diesem Mittwoch werden übrigens die Vertreter des Handels mit Rathenau und am Donnerstag mit Herrn von Batocki über diese Fragen in Verhandlungen treten.

Die Voraussetzungen für ein auskömmliches Arbeiten der Deutschen Wirtschaft sind drei:

das Verbleiben des Reiches in seinem jetzigen Bestand, ganz Oberschlesien mit einbegriffen;

die Zurückschraubung der Lasten an die Entente auf ein erträgliches Maß und

die Steigerung der Leistungen.

Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, wird der Handel bereit sein, alle seine Kraft für die Wiedererhebung der deutschen Wirtschaft einzusetzen." (Langanhaltender Beifall.)

Der Redner dankte dem Redner noch einmal für seine lichtvollen, überaus interessanten Ausführungen im Namen der Versammlung. Er betonte ebenso wie Herr Kaufmann Bader die dringende Notwendigkeit des engen Zusammenschlusses der ganzen Großhandels aber leider bleiben in dieser Hinsicht noch viele Wünsche offen.

Mit einem Schlußwort des 1. Vorsitzenden endete um 1/27 Uhr die Versammlung.

Wann wird die Ortsgesprächsgebühr von 25 Pfennig berechnet und wann nicht?

Nach der neuen Fernsprechordnung ist die Ortsgesprächsgebühr von 25 Pf. fällig, wenn der Anschluß des Anrufenden mit der verlangten Hauptstelle verbunden ist, diese oder eine daran angeschlossene Nebenstelle den Anruf beantwortet hat. Solange sich der gewünschte Teilnehmer noch nicht gemeldet hat, wird die Gebühr also nicht berechnet. Ist der Teilnehmer an eine Hauszentrale angeschlossen, z. B. innerhalb eines großen Geschäftshauses, und antwortet er hier auf Anruf seitens seiner eigenen Zentrale nicht, so ist die Gesprächsgebühr fällig, weil die Verbindung des Fernsprechamtes mit der Zentrale mit Erfolg hergestellt worden war und die Zentrale in diesem Falle für das Fernsprechamt die Stelle des angerufenen Teilnehmers vertritt. Meldet sich ein angerufener Teilnehmer und stellt der Anrufende fest, daß es sich um eine falsche Verbindung handelt, so muß er seinem Amte durch das sogenannte Flackerzeichen (dreimaliges langsames Niederdrücken der beweglichen Gabel bei Tischgehäusen oder des beweglichen Hakens bei Wandgehäusen) zu erkennen geben, daß etwas bei ihm nicht in Ordnung sei und der Beamte in den Sachverhalt zur Berichtigung der Gebührenliste mitteilen. Ebenso hat er sich bei Unterbrechungen oder sogenannten Doppelverbindungen zu verhalten. Die Anwendung des Flackerzeichens in den vorbezeichneten Fällen ist unvermeidlich, wenn sich der anrufende Teilnehmer vor einer Mehrrechnung von Gesprächsgebühren schützen will. Denn die Beamtin weiß von dem Bestehen einer Falsch- oder Doppelverbindung oder einer Unterbrechung nichts, weil sie wissentlich dies nicht herbeigeführt hat und sie in den Fällen, wo ihr der rufende Teilnehmer eine falsche Nummer nennt oder wo ein vorübergehender kleiner Fehler im Vielfachsystem des Amtes eine Doppelverbindung hervorrief, hierfür überhaupt nichts kann. Auch im Auslande, wo, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England und anderen Ländern, die mit dem Gesprächszähler seit Jahr und Tag arbeiten, dergleichen Zwischenfälle ebenso eintreten, ist der Teilnehmer genötigt, dasselbe Mittel anzuwenden, weil es eine andere technische Lösung nicht gibt.

Die Ortsgesprächsgebühr wird nicht berechnet bei Verbindungen, die nicht zustande kommen, weil die angerufene Sprechstelle nicht antwortet oder besetzt ist. Sie wird auch nicht berechnet, wenn die Verbindung aus anderen Gründen (Betriebsstörung, Sperre, längere Abwesenheit des angerufenen Teilnehmers vom Ort) nicht hergestellt werden kann.

Der Ausschuß des Deutschen Städtetages für Siedlungs-, Grundstücks- und Wohnungsfragen tritt am Freitag, den 14. Okt., zu einer Beratung im Rathaus zu Halle zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. der Entwurf des Reichsmietengesetzes, das Baukostenzuschußwesen, die Frage der Steuervergünstigungen für neue Wohnungen und die Vergesellschaftung des Wohnungswesens

Eine Zigeunergesellschaft, bestehend aus mehreren braunen Weibern und Männern, war auf ihrer Reise nach dem sonnigen Süden in Cröllwitz angekommen und beschloß, der Stadt Halle die Künste ihrer vier braunen Bären und drei Affen zu zeigen. Sie begannen in der Geiststraße, Wallstraße und Kleinen Ulrichstraße zu „ständeln", und das Geschäft ging samos, die Einnahmen waren ausgezeichnet. Die Bären tanzten und die Affen schlugen Purzelbäume nach dem Takte eines Tambourins. Man fühlte sich unwillkürlich ins Mittelalter zurückversetzt. Aber die Freude dauerte nicht lange. Die Sipo kam und brachte die fremden Gäste nach dem Polizeihauptgebäude, von wo aus sie wahrscheinlich aus der Stadt transportiert werden, weil Bärenvorführungen im Stadtinnern nicht gestatten sind. Eine ungeheure Masse Kinder begleitete die Karawane auf ihrem Wege zur Polizei.

Familien-Nachrichten.

Geboren: Herrn Arthur Göbel und Frau Gertrud geb. Marquold, Beesenlaublingen (S.). Herrn Paul Bauchwitz und Frau Regina geb. Meyer, Halle (S.)

Verlobte: Margarete Mennicke, Wettin — Carl Gustav Knaul, Nordhausen.

Vermählte: Gustav Otto — Elisabeth Reimer, Halle. Carl Schmidt, Leipzig — Hedda Fuge, Halle.

Gestorben: Otto Kleeblatt, Halle. Kaufmann Max Salomon, Halle (52 J.) Lina Hufung, Nauendorf (19 J.).

Provinzial-Nachrichten.

Wörbzig, 10. Okt. (Von der Windmühle zu Tode verletzt.) Dieser Tage spielte der Schulknabe Max M. von hier in der Nähe der hiesigen Windmühle. Er kam dabei in die Bahn der Mühlenflügel, wurde von diesen erfaßt und so schwer verletzt, daß er alsbald verstarb.

Camburg, 9. Okt. (Kartoffeln zu 40 Mark.) Oberamtmann Letter in Frauenpreßnitz hat sich bereit erklärt, der gesamten Beamtenschaft von Camburg den diesjährigen Kartoffelbedarf zum Preise von 40 Mark pro Zentner frei Keller zu liefern. An dem Verhalten des Herrn Oberamtmannes könnten sich manche andere Landwirte ein Beispiel nehmen.

Camburg, 11. Oktober. (Ein Maschinengewehr im Fischnetz.) Als der Fischpächter Iwan in der Nähe des Damenbades fischte, fiel ihm auf einmal die Schwere des Netzes auf, und als er es herauszog, erblickte er außer einigen Weißfischen ein Maschinengewehr darin. Der Fund wurde der Polizei übergeben.

Leipzig, 11. Oktober. (Die Leipziger Gerichtsgebäude,) namentlich das Landgericht mit seiner Abteilung für Strafsachen, werden seit Freitag stark überwacht. Es geht das Gerücht, daß wieder ein Anschlag geplant sei. Es wird davon gesprochen, daß das Landgerichtsgebäude in die Luft gesprengt werden soll. Alle Besucher des Landgerichtes werden auf Waffen, Sprengstoff usw. untersucht.

Dresden, 11. Oktober. (Die Dresdener Metallarbeiter) beschlossen mit Stimmenmehrheit die Beendigung des Streiks, worauf der Verband der Metallindustriellen den Aussperrungsbeschluß aufhob. Die Arbeit wird am Mittwoch wieder aufgehoben werden.

Vermischtes.

Shakleton setzt seine Reise fort. Der Matin veröffentlicht ein Telegramm Shakletons aus Lissabon, in dem er die Tatsache mitteilt, daß er mit der „Quest" seine Reise fortsetzen wird. Er meldet gleichzeitig, daß der Schlepper, der ihm von Lissabon zu Hilfe geschickt war, wegen des schweren Wetters nichts ausrichten konnte und umkehren mußte, so daß die „Quest" aus eigener Kraft das Ziel erreicht hat.

Eine eigenartige Aufklärung hat jetzt ein „Ueberfall" erfahren, dem, wie berichtet, vor einigen Tagen in der Nähe von Wannsee ein Berliner Postbeamter zum Opfer gefallen sein sollte. Der Beamte hat jetzt plötzlich eingestanden, daß er sich die Verletzungen mit dem Messer selbst beigebracht und sich dann in den See gestürzt hatte. Die Tat will er begangen haben, weil er den Dienst versäumt und auf einer Vierreise viel Geld ausgegeben hatte. Eine Unterschlagung von Dienstgeldern liegt indessen nicht vor.

Aus der Untersuchung über das Oppauer Unglück. Im Reichsuntersuchungsausschuß für Oppau stellte der Abgeordnete Hofmann-Ludwigshafen die Frage: Beruht es auf Wahrheit, daß an der Unglücksstelle der Zünder einer Handgranate gefunden worden ist, der dem Staatsanwalt in Frankenthal übergeben wurde? Diese Frage wurde vor einem Arbeiterrat mit Ja beantwortet. Er betonte jedoch, daß der Handgranatenzünder von einem Photographen so blitzblank abgeliefert wurde, daß man über die Herkunft des Zünders sehr im Zweifel sein müsse. Ingenieur Stöppel meint, daß die Unversehrtheit des Zünders darauf zurückgeführt werden könnte, daß er sich in der Asche befunden habe. Weitere Zeugenaussagen laufen darauf hin, daß es ausgeschlossen ist, daß sich große Sprengmassen in Oppau befunden haben. Mehrere Arbeiter versicherten, daß der verstorbene Sprengmeister Humpe stets vor seinen Sprengungen ein Trompetensignal gegeben habe, so daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben worden war, sich rechtzeitig zurückzuziehen, wenn gesprengt wurde.

Mord aus Rache. Jüngst erschoß auf dem Prager Wenzelsplatz, mitten in der Stadt, ein Fabrikant, der sich wegen falscher Zeugenaussage in gerichtlicher Untersuchung befand und seinem Advokaten die Schuld daran zuschob, aus Rache den Sohn des Advokaten, dem er zufällig begegnete. Der Ermordete ist der 22jährige Student Karl Steiner, der Attentäter der 27 Jahre alte Rudolf Weil aus Przibram.

Vom Münchener Oktoberfest. Während der vierzehntägigen Dauer des Oktoberfestes wurden insgesamt 15 146 Hektoliter Bier und 100 Hektoliter Wein vom Faß verzapft. Der Wiesenpolizeiwache wurden 75 Personen wegen verschiedener Vergehen vorgeführt. Zur Anzeige gelangten Diebstähle aller Art im Gesamtwert von 45 000 Mk., darunter 28 Taschendiebstähle mit insgesamt 16 000 Mk. Als verloren gemeldet wurden 263 Gegenstände im Gesamtwert von 67 300 Mk. Die Sanitätswache hatte 680 Fälle zur Behandlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19211012017/fragment/page=0003

Sport der „Saale-Zeitung".

Rennen zu Frankfurt a. Main.

Dienstag, den 11. Oktober.

I. Preis von Niederrand. 25 000 Mk. 1400 Meter. 1. Aventin (O. Schmidt), 2. Fontalyva, 3. Volaca. Tot: Sieg 14:10. Drei liefen.

II. Isenburg-Jagdrennen. Ehrenpreis und 27 000 Mk. 3500 Meter. 1. Gyp (Hr. v. Keller), 2. Blauschwarz, 3. Rübezahl. Tot: Sieg 28, Platz 13, 16:10. Ferner liefen Wall, Salambo, Protest.

III. Wäldchen-Rennen. 50 000 Mk. 2000 Meter. 1. Graf Ferry (O. Schmidt), 2. Pallenberg, 3. Vergleich. Tot: Sieg 16:10. Drei liefen.

IV. Rosenberg-Jagdrennen. Ausgleich. Ehrenpreis und 40 000 Mk. 4500 Meter. 1. Elfchen (Hr. v. Pelzer), 2. Biedermann II, 3. Skagerrak III. Tot: Sieg 21, Platz 10, 10:10. Ferner lief Seydlitz.

V. Preis von Mainz. Ausgleich. 25 000 Mk. 1400 Meter. 1. Blau und Weiß (O. Schmidt), 2. Rod, 3. Defizit. Tot: Sieg 54, Platz 11, 10, 10:10. Ferner liefen Eifelturm, Rosenhecke, Otello, Sheitani, Cadix.

VI. Abschieds-Ausgleich. Ehrenpreis und 25 000 Mark. 1. Kern (Hr. v. Keller), 2. Orne, 3. Andersen: Tot: Sieg 20, Platz 14, 21, 20:10. Ferner liefen Reinweiß, Caklari, Arras II, Fliegerheld.

*

Voraussagen für Crefeld.

Mittwoch, den 12. Oktober.

1. R.: Plate Forme II — Feuersbrunst; 2. R.: Ischariot — Ekatus; 3. R.: Perikles — Träumer; 4. R.: Wolfram — Afra; 5. R.: Prüfung — Lucille; 6. R.: Osmane — Mentor II; 7. R.: Kirchbach — Rosmarie.

Außerordentlicher Gauturntag des Nordostthüringer Turngaues.

**Die Nordostthüringer Turner hielten am Sonntag, den 9. Oktober in Weißenfels einen außerordentlichen Gauturntag ab. Aus den Mitteilungen des Gauvertreters Lehrer Meyer in Diemitz war zu entnehmen, daß das nunmehr abgeschlossene Sommerhalbjahr für die Turnerschaft ein solches besonderer Erfolge war, daß sich die Zahl der Vereine, der Mitglieder und namentlich auch der Turnenden erheblich gesteigert hat. 6 Vereine und zwar die Turnvereine in Rothenburg, Beesenstedt, Alsleben, Zscheiplitz, Nehlitz und Dölkau konnten neu aufgenommen werden. Die Meldung dieser Vereine hat Bedeutung insofern, als daraus zu ersehen ist, daß das deutsche Turnen trotz der Ungunst der Verhältnisse nunmehr auch wieder mehr und mehr auf dem platten Lande Fuß faßt, nachdem es dort durch die Ereignisse des Jahres 1918 vorübergehend in den Hintergrund treten mußte. An allen Wettkämpfen der deutschen Turnerschaft und des 13. Turnkreises war der Gau erfolgreich vertreten, so noch zuletzt bei den deutschen Meisterschaftskämpfen in Hannover im September, wo besonders die Hallischen Turner ausgezeichnet abschnitten. Die Gaubeiträge wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab auf 1 Mark für Mitglieder und Jugendliche beiderlei Geschlechts erhöht, sodaß unter Berücksichtigung der von der deutschen Turnerschaft auf dem Turntage in Kassel beschlossenen Kopfsteuer an Beiträgen für Turnerschaft Kreis und Gau pro Kopf jährlich 4 Mark aufzubringen sind. Für Schulpflichtige erhebt der Gau eine jährliche Kopfsteuer von 50 Pfg. Diese erhebliche, aber nicht zu vermeidende Mehrbelastung wird naturgemäß zur Erhöhung der Vereinsbeiträge führen müssen. Der Kreisturntag des 13. Kreises findet am 30. Oktober in Rudelstadt statt und entsendet der Gau aus Sparsamkeitsgründen nur 12 Abgeordnete. Die Stadt Rudolstadt wird sämtlichen Vertretern freie Unterkunft während der Tagung gewähren. Uebereinstimmend war der Gauturntag der Meinung, daß dem Ueberhandnehmen der mit Wetturnen verbundenen Vereinsveranstaltungen gesteuert werden muß und faßte dahingehende Beschlüsse. Zukünftig sind alle Gauvereine gehalten, solche Veranstaltungen, sofern der Teilnehmerkreis über den Verein hinausgeht, dem technischen Ausschuß des Gaues spätestens 8 Tage vor dem Frühjahrs-Gauturntag zu melden. Der Ausschuß prüft die Bedürfnisfrage und der Gauturnrat fällt die Entscheidung. Wetturnen ohne Genehmigung des Gauturnrates sind zukünftig streng verboten und Verstöße hiergegen werden mit scharfen Maßnahmen bedacht werden. Die intensive Vereinsarbeit, der die Turnerschaft ihre gewaltigen Erfolge, insbesondere auch ihren hohen Mitgliederbestand von über 1½ Millionen verdankt, muß wieder mehr in den Vordergrund gerückt werden. Die Allgemeinausbildung aller Mitglieder wird immer die vornehmste Aufgabe der Turnvereine sein müssen, denn gerade damit leisten sie dem gesamten Volkstum den wertvollsten Dienst. Das in der Neuzeit eingetretene sonntägliche Wandern von einem Wettkampfe zum andern muß auf das rechte Maß zurückgebracht werden, soll nicht der Wert des Siegerkranzes zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden. Gefordert wird von allen Vereinen die strengste Vorbereitung auf die turnerischen Veranstaltungen von Gau und Bezirk, damit hier Bestleistungen gezeigt werden können. In Jahren, in welchen Gauturnfeste abgehalten werden, können Vereinswetturnen zukünftig überhaupt nicht mehr stattfinden. Am 5. Februar 1922 wird der Gau in Halle ein Geräte-Wetturnen in zwei Altersstufen abhalten. Die gewünschte Einrichtung von Filialen des Versandhauses der deutschen Turnerschaft lehnte der Gau ab, da ihm eine Konkurrenz für die bodenständigen Geschäftsleute seiner Vereine nicht angezeigt erscheint. Der Ausbreitung des Schwimmens im Gaubezirk soll besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden, ebenso der Propagandatätigkeit. Zum Pressewart wurde A. Klinz-Halle in den Gauturnrat gewählt. Unterstützungssachen bildeten den Beschluß der 7stündigen Verhandlungen.

Einen neuen deutschen Rekord im Laufen

über 10 Kilometer stellte am Sonntag in Frankfurt a. Main bei einem offiziellen Versuch der Frankfurter Bedarff auf, der die Strecke in 33:03,5 durchlief. Den alten Rekord mit 33:13,2 hielt Vietz-Berlin.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebr. Stern, Dortmund.)

Die Kursbewegung an den großen Börsen in der abgelaufenen Woche spiegelte deutlich die Nervosität wider, die sich aller beteiligten Kreise bemächtigt hat, nachdem die Markentwertung einen Grad erreicht hat, der die deutsche Währungsfrage wieder in den Mittelpunkt aller in- und ausländischen Erörterungen gerückt hat. Die Anpassungsbewegung der Aktienkurse an die Papiermark mußte notwendig in dem Augenblick zum Stehen kommen, wo sich ernsthafte Stimmen im Auslande geltend machten, die auf Besserung der Markwährung durch Aenderung der Wiedergutmachungsbedingungen hinzielten. Hinzu kam noch, daß eine führende Persönlichkeit der Großindustrie auf die schwere Gefahr hinwies, die ein plötzliches Steigen der Mark für das Wirtschaftsleben bedeuten würde. Der Kuxenmarkt wurde durch derartige Erwägungen kaum berührt. Einerseits ist die Geldentwertung in den Kursen der Kuxe nicht so stark zum Ausdruck gekommen, andererseits nahmen die großen Zusammenschlüsse, die sich auf diesem Gebiete allem Anscheine nach anbahnen, die Aufmerksamkeit voll in Anspruch und dürften auch weiterhin eine kräftige Anregung bieten.

Am Kohlenkuxenmarkt wurden die Käufe in schweren Werten wieder aufgenommen. Sowohl Ewald und Graf Bismarck als auch König Ludwig und Graf Schwerin wurden zu mäßig anziehenden Preisen aus dem Verkehr genommen, dagegen waren Langenbrahm etwas billiger erhältlich. Von Mittelwerten wurden Johann Deimelsberg und Heinrich zu schwankenden Preisen in größeren Beträgen umgesetzt, während Carolus-Magnus, Glückaufsegen, Caroline und Alte Haase im Angebot lagen. Zu höheren Preisen waren Blankenburg, Trappe, Gottessegen, Admiral und Carl Friedrich im Verkehr. Lothringen Bergbauaktien büßten etwa 50 Prozent ein, während Adler Bergbau den vorübergehenden Rückgang wieder einholten und darüber hinaus in großen Posten gefragt blieben. Von linksrheinischen Unternehmungen ließ das Interesse für Diergardt, Moers und Wilhelmine Mevissen bei leichten Abschwächungen wieder nach.

Am Braunkohlenmarkte wurden die mitteldeutschen Unternehmungen zu nachgebenden Preisen mehrfach umgesetzt.

Der Kalimarkt lag vorübergehend infolge von Gewinnsicherungen und Entlastungsverkäufen wesentlich schwächer. In der zweiten Wochenhälfte setzte sich jedoch, ausgehend von Gerüchten über den Eingang größerer Aufträge aus Amerika, eine allgemeine Befestigung durch, die zu kräftigen Preissteigerungen führte. Der Markt schloß zu den höchsten Tageskursen und bei Berichtsabgang war die Bewegung anscheinend noch in der Entwicklung begriffen. Von schweren Werten wurden Glückauf-Sondershausen in großen Posten aus dem Markte genommen. Sie erzielten eine Steigerung von etwa 4000 M. Zu steigenden Preisen waren ferner Heiligenroda und Bergmannssegen begehrt. Die Kauflust erstreckte sich im übrigen auf fast sämtliche Werte des Kurszettels, die nach vorübergehender Abschwächung fast durchweg erneut anzogen.

Der Kaliaktienmarkt erhielt durch die sprunghafte Steigerung der Kaliaktien an der Berliner Börse eine kräftige Anregung. Bei großer Nachfrage gewannen Heldburg, Ronnenberg, Krügershall und Hallesche etwa 30—50 Prozent.

Am Markte der Freiverkehrswerte gewannen Stahlwerk Becker zeitweilig 150 Prozent, konnten jedoch ihren Preisstand nicht aufrechthalten. Zu anziehenden Preisen waren ferner Benz, Hansa, Lloyd, Rudolf Karstadt, Kabelwerk Rheydt, Ludwig Ganz, Flender, Julius Sichel u. a. im Verkehr. Mansfelder Kuxe in denen anscheinend Interessenkäufe stattfanden, zogen um etwa 2500.— Mk. an.

Keine Erhöhung der Kohlenpreise am 1. November. Wie man dem „L. T." mitteilt, wird die geplante Erhöhung der Kohlenpreise zum 1. November unterbleiben. Damit ist aber die Frage der Kohlenpreiserhöhung nicht als erledigt zu betrachten, sondern man will nur die Verabschiedung des neuen Kohlensteuergesetzes abwarten, um mit diesem gleichzeitig die angekündigte Erhöhung der Preise eintreten zu lassen, wodurch man eine zweimalige Beunruhigung des Marktes vermeiden will.

Erhöhung der Elbefrachten. Infolge des niedrigen Wasserstandes sind die Frachten nach der Unterelbe um 205 Pf. und nach der Oberelbe sogar um 380 Pf. pro 100 Kg. weiter heraufgesetzt worden.

Erneute Erhöhung der Zinkblechpreise. Die Rheinisch-westfälische Zinkblechhändler-Vereinigung hat mit Rücksicht auf die Erhöhung der Werkpreise die Lagerpreise für Zink um 239 auf 1671—1677 Mk. für den Dopelzentner je nach Zone erhöht. Die letzte Preiserhöhung um 110 Mk. erfolgte am 25. September.

Preiserhöhung für Gas- und Siederöhren. Die Röhrenvereinigung hat beschlossen, die Preise für Gas- und Siederöhren mit sofortiger Wirkung um 20—25 Prozent je nach Sorten und Durchmesser zu erhöhen.

Erhöhung der Lagerpreise für B-Produkte. Der Deutsche Eisenhändlerverband in Düsseldorf beschloß, seine Lagerpreise für G-Produkte ab 7. Oktober um 20—40 Mk. pro 100 Kilogramm zu erhöhen. Es kosten jetzt: Band- und Universaleisen 330 Mk. gegen bisher 300 Mk., Formeisen 320 Mk. (300 Mk.), Stabeisen 370 Mk. (350 Mk.), Grobbleche 320—350 Mk. je nach Stärke (300—315 Mk.), Mittelbleche 400 (360 Mk.), Feinblecke 430 Mk., Grundpreis zuzüglich des Aufschlages je nach Stärke bis ¾ des Grundpreises; alles per 100 Kilogramm ab Lager.

+ **Der Aufsichtsrat der Schuhfabrik Eduard Lingel in Erfurt** beschloß, eine Dividende von 18 Prozent gegen 12 im Vorjahre vorzuschlagen.

Grßstahlwerke Witten. Dividendenvorschlag 30 Prozent wie im Vorjahre.

+ **Die zweite Hauptversammlung der Deutschen Keramischen Gesellschaft** (Charlottenburg 2), die sich den Zusammenschluß der gesamten Tonwarenindustrie zur technisch-wissenschaftlichen Fortbildung der Arbeitsmethoden zum Ziele gesetzt, darin bereits gute Erfolge erzielt und einen ansehnlichen Mitgliederbestand aufzuweisen hat, fand in Bonn bei zahlreicher Beteiligung unter dem Vorsitz von Prof. Dr. H. Reisenegger (Charlottenburg) und Fabrikdirektor Dr. M. Heine (Bonn) statt. Zunächst berichteten über ihre Tätigkeit die Warmwirtschaftsstelle der D.K.G. (Dr.-Ing. E. Reutlinger), das Ingenieurbüro (Dipl.-Ing. U. Sauer), der „Bleiausschuß" E. Cramer), der sich mit der Frage der Verwendung von Bleiverbindungen für Glasuren und Farben beschäftigt, sowie der Ausschuß für gewerblichen Rechtsschutz (Dr.-Ing. J. Dorfner). Vorträge hielten P. Bartel: Die neueste Literatur betr. „Bleifrage"; Dr. Goldschmidt: Brennstoff und Verbrennung; E. Tostmann: Kaltglasuren und Keramentplatten im Vergleich mit keramischen Platten; F. Kraze: Studien über Porzellanvergoldung; Zirkonfluoridglasuren; Dr. W. Funk: Ueber die Anwendung der Farbenlehre in der Porzellanmalerei; Dr. R. Rieke: Die rationelle Analyse als Betriebskontrolle; Dr. W. Steger: Kapselmassen und ihre Prüfung. An die Verträge knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Die starke Beteiligung an den Veranstaltungen bewies aufs Neue, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu gemeinsamer technisch-wissenschaftlicher Arbeit in den Kreisen der keramischen Industrie immer mehr Boden gewinnt.

Die Berliner Automobil-Ausstellung im Zeichen des Continental-Reifens. Eine Zählung der mit Gummireifen versehenen Räder an Fahrzeugen aller Art hat die bemerkenswerte Tatsache ergeben, daß 61 Prozent aller Reifen Continental-Reifen waren. In den Rest von 39 Prozent mußten sich nicht weniger als 17 andere Reifenmarken teilen. In der Hauptsache war es der neue Continental-Cord, den man an den ausgestellten Wagen sah. Auf Continental-Cord fuhr Fritz von Opel als Sieger der Klasse VIIIa an beiden zu Beginn der Automobil-Ausstellung abgehaltenen Renntagen auf der Grunewaldbahn die schnellsten Runden, ein Beweis für die Güte der neuen Reifen.

Leipziger Malzfabrik in Schkeuditz. Der auf den 11. November einberufenen Generalversammlung wird eine Dividende von 10 Prozent (5 Prozent) in Vorschlag gebracht.

****Bergbau-Aktiengesellschaft Fichtelgold in Brandholz.** Der Aufsichtsrat der Gesellschaft, welche im Goldkronacher Lande auf Gold schürft, schlägt eine Kapitalverdoppelung von 2,6 auf 5,2 Millionen vor. Die Gesellschaft teilt mit, daß sie in ihren Schächten feine Häutchen von Antimonerz gefunden hat, welches nach früheren Erfahrungen mit Gold vorzukommen pflegt. Sie hofft, bis zum Anfang nächsten Jahres den durch alte Pläne bekannten Hauptgang erreichen zu können.

(.) **Mälzerei-Aktiengesellschaft vormals Albert Wrede in Cöthen.** Der Aufsichtsrat schlägt 10 Proz. gegen 7 im Vorjahr vor.

÷ **Im Konkurse der Installationsfirma Kurt John in Wittenberg** wird für 48 935 Mk. vorrechtliche Forderungen 7481 Mk. verfügbar.

Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann Akt.-Ges. in Mölkau bei Leipzig. Im Geschäftsjahr 1920-21 stieg der Rohgewinn von 2 129 390 Mk. auf 4 596 155 Mk. Nach Abzug der Unkosten sowie nach Abschreibungen von 18 621 Mk. (68 170) verbleibt ein Ueberschuß von 2 003 412 Mk. (1 054 021). Wie bereits mitgeteilt, sollen auf das erhöhte Aktienkapital wieder 30 Proz. Dividende ausgeschüttet werden. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr bezeichnet die Verwaltung als nicht ungünstig. In der Bilanz erscheinen Warenbestände und Rohmaterialien mit 3 441 61 Mk. (3 660 819). Debitoren mit 4 642 881 Mark (1 873 458), Bankguthaben mit 6 895 928 Mk. (864 870) und Kreditoren mit 4 653 083 Mk. (2 884 817).

Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz-Kappel. Der Aufsichtsrat beantragt eine Dividende von 40 Prozent (i. V. 30 Prozent) sowie Erhöhung des Grundkapitals um 3,9 auf 7,5 Millionen Mark. Die jungen Aktien sollen zu 250 Prozent ausgegeben werden.

Tiefbau- und Kälte-Industrie Akt.-Ges. vormals Gebhardt u. König in Nordhausen. In den Aktien dieser Gesellschaft hat sich in der letzten Zeit eine lebhafte Aufwärtsbewegung vollzogen. Es sind Aktien Gerüchte im Umlauf, wonach es sich um Interessenkäufe handelt. Diese Auffassung trifft nach unseren Informationen zu, und zwar spricht man von beabsichtigter ausländischer Einflußnahme auch auf dieses Unternehmen, nachdem die Deutsche Flachbau-Gesellschaft in Nordhausen vor kurzem auf den Konzern der Internationalen Petroleum-Fusion übergegangen ist. Andererseits ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die Deutsche Flachbau-Aktiengesellschaft, deren Sitz Nordhausen ist, dazu übergehen will, durch Uebernahme der Tiefbau- und Kälte-Industrie Akt.-Ges. ihren Betrieb zu erweitern.

Sacharinfabrik A.-G. vorm. Fahlberg, List & Co. in Magdeburg Südost. Eine außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 16 auf 48 Millionen Mark. 15 Millionen Mark werden den alten Aktionären im Verhältnis von 1:2 zum Kurse von 250 Proz. angeboten, 1 Million Mark, die zu 100 Proz. vergeben wird, soll der Verwaltung zu besonderen Zwecken zur Verfügung gestellt und von der Gesellschaft zum gleichen Kurse zurückerworben werden können. Die neuen Aktien nehmen an der Hälfte des Gewinnes des laufenden Geschäftsjahres teil. Ueber die Aussichten wurde berichtet, daß die Beschäftigung des Werkes augenblicklich sehr stark sei. Jetzt sei auch die Ausfuhr nach dem Osten gut geworden. Wahrscheinlich könne auch in diesem Jahre auf befriedigende Ergebnisse gerechnet werden.

(Wiederholt, da nur in einem Teile der Auflage.)

Produktenbericht.

Berlin, 11. Oktober. (Telegramm.) Für den Produktenmarkt boten die geringfügigen Schwankungen der Devisenkurse einige Anregung, dagegen wirkten die ermäßigten amerikanischen Maispreise eher abschwächend. Weizen wurde reichlich angeboten, Roggen behauptete seinen Preisstand, weil Schlesien sie kauflustig zeigte. Gerste behielt feste Tendenz. Es wurden große Mengen ostpreußischer Brauware umgesetzt. Hafer war in sofort greifbarer Ware stark gesucht. Weizenmehl war mehr angeboten. Das Geschäft gestaltete sich ruhig. Hafer hatte kleines Geschäft bei mäßigem Angebot in Speiseerbsen und geringen Offerten in Futterware.

Amtliche Produktennotierungen.

Berlin, 11. Okt. (Telegramm.) Weizen märkischer 232—234, ruhig. Roggen märkischer 184—186, ruhig. Wintergerste 220—225. Sommergerste 255—272, fest. Hafer märkischer 192—195, ruhig. Mais La Plata Okt.-Jan. 174—175, ohne Provenienzangabe Okt.-Jan. 171 bis 172, ab Hamburg, matter. Weizenmehl 620—675, ruhig. Roggenmehl 470—520, ruhig. Weizenkleie 125—135, behauptet. Roggenkleie 125—135, unverändert. Raps 400 bis 425, unverändert. Rübsen 5 Mk. unter Rapspreis. Viktoriaerbsen 315—330. Kleine Speiseerbsen 220—240. Peluschken 185—190. Lupinen blaue 110—115, gelbe 115 bis 130. Rapskuchen 140—150. Leinkuchen 220—240. Trockenschnitzel prompt 125, Okt.-Jan. 125. Leinsaat 350 bis 365, unverändert. Futtererbsen 180—200.

Rauhfutterpreise.

Berlin, 11. Okt. (Tlegramm.) Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 23—25. Haferstroh dito 27—30, seilgebündeltes Stroh 18—20, dito Langstroh 21—23. Wiesenheu gut, gesund und trocken Vormahd 70—76, Nachmahd 86—70, gesund und trocken 53—60. Kleeheu 86—100, alles ab Stationen.

Metallnotierungen.

Berlin, 11. Okt. (Telegramm.) Raffinade-Kupfer 98 bis 99proz. 3000—3025; Orig.-Hüttenweichblei 1100—1150; Orig.-Hüttenrohzink im freien Verkehr 1200—1250; ab Dtsch. Hütte Preis des Z. H. V. 1257; Remelted Plattenzink 952—975; Orig.-Hütten-Aluminium 98—99proz. (in gekerbten Blöckchen) 4650—4750; Orig.-Hütten-Aluminium (in Walzdraht oder Drahtwaren) 4850—4950; Zinn (Banca, Straits, Austral) 7400—7500; Hüttenzinn mindestens 99proz. 7100—7150; Reinnickel 98—99proz. 6200—6300; Antimon 1175—1225; Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kilogr. 2000—2425; Elektrolytkupfer (per 100 Kilogr.) 3509.

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Kommunalpolitik: Eugen Brinkmann, für Feuilleton und Beilagen: Martin Feuchtwanger, für Lokales, Gericht und Vermischtes: Dr. Karl Baer, für Sport und Provinz: Curt Graf, für den Anzeigenteil: K. Krinke.
Verlag und Druck: Saale-Zeitung, G. m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19211012017/fragment/page=0004
DFG